Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(4.4.1977) Drucksache 9/254

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 254 S
04. 04. 77

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22

Der Petitionsausschuß hat am 4. April 1977 die nachstehend aufgeführten neun Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/55 S 9/56	Duldung einer Fassadenverkleidung	Es ist zu einer einverständlichen Regelung gekommen.
S 9/158	Verhinderung des geplanten Wiederaufbaus einer abgebrannten Gaststätte	Anläßlich einer örtlichen Überprüfung hat das Bauamt Bremen-Nord festgestellt, daß das abgebrannte Gebäude abgebrochen worden ist. Ein neuer Bauantrag liegt noch nicht vor; nach den vorliegenden Informationen soll aber in Kürze ein Bauantrag für ein Zweifamilienhaus, also ein Gebäude ohne Gaststättenbetriebsräume, eingereicht werden.
S 9/172	Beschwerde über die Versagung einer bislang erlaubten Parkmöglichkeit für einen Behinderten	Dem Petenten wurde weiterhin die Parkmöglichkeit eingeräumt.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/155	Beschwerde über die Zahlung von Verzugszinsen	Die Petenten haben die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel eingelegt und können den vorgegebenen Rechtsweg erschöpfen.
S 9/164	Erteilung einer Besuchserlaubnis	Aufgrund der zahlreichen Rechtsverstöße und der illegalen Einreisen in die Bundesrepublik Deutschland kann dem Petenten keine Erlaubnis zum Besuch seiner Familie erteilt werden. Der Petent kann erst dann wieder eine Erlaubnis zum kurzfristigen Betreten der Bundesrepublik erhalten, wenn sich zeigt, daß er die hier geltenden Gesetze beachten will und zwischenzeitlich nicht wieder illegal einreist.

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/166	Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis	Die Verhandlungen zwischen dem Stadt- und Polizeiamt als zuständige Führerscheinstelle und dem Rechtsvertreter des Petenten sind noch im Gange, so daß die Entscheidung über die Erteilung der Fahrerlaubnis noch völlig offen ist.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/135	Beschwerde über angeblich nicht bzw. unzureichend erfolgte Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit dem evtl. Verkauf einer Parzelle	Die Bauverwaltung hat dem Petenten mit Schreiben vom 17. März 1975, 10. Juni 1976 und 12. Oktober 1976 sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht alle gewünschten Auskünfte erschöpfend erteilt.
S 9/165	Beschwerde über die vorgenommene Veranlagung zu einem Kanalbaubeitrag	Die Veranlagung zum Kanalbaubeitrag ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt. Im übrigen ist die Petentin nicht Eigentümerin des veranlagten Grundstücks und ist deshalb durch die vorgenommene Veranlagung nicht beschwert.